

Institut für politische Wissenschaft  
Seminar: Probleme der Universalisierung des westlichen Demokratiemodells  
Prof. Dr. Wilfried Röhrich  
Sommersemester 1998

Hausarbeit zum Thema:  
**Parlamentarismus, Präsidialismus und  
Semipräsidialismus in Osteuropa**

Sören Gehrke  
XXX  
XXX  
9. Semester

## Gliederung

<b>I. Vorüberlegungen</b> .....	S.1
<b>II. Beispiele für Systeme in Osteuropa und Probleme ihrer Entfaltung</b> .....	S. 2
1. Polen .....	S. 2
Polnischer Nationalismus und die Solidarno__ .....	S. 2
Ausgehandelter Systemwechsel .....	S. 3
Wa__sas Präsidentschaft .....	S. 5
Die "Kleine Verfassung" von 1992 .....	S. 6
Kohabitation: Wa__sa vs. Reformkommunisten .....	S. 7
Stand der Transformation .....	S. 9
2. Tschechoslowakei und die tschechische Republik .....	S. 9
Einflüsse der Vergangenheit .....	S. 9
Kollaps des kommunistischen Regimes .....	S. 10
Auflösung der Föderation .....	S. 11
Die tschechische Verfassung nach 1992 .....	S. 13
Stand der Transformation .....	S. 14
3. Rußland .....	S. 14
Der Weg in die russische Staatlichkeit .....	S. 14
Machtkampf von Parlament und Präsident .....	S. 15
Die Verfassung von 1993 .....	S. 16
Stand der Transformation .....	S. 18
<b>III. Zusammenfassung</b> .....	S. 19
<b>IV. Gibt es ein "bestes" Regierungssystem für die Staaten Osteuropas ?</b> .....	S. 20
<b>Literatur</b> .....	S.21

## I. Vorüberlegungen

Die wichtigsten Aufgaben, die in bisherigen Transformationen bewältigt werden mußten, waren "die Herstellung einer effizienten marktwirtschaftlichen Organisation, der Aufbau einer vitalen Zivilgesellschaft und die Demokratisierung politischer Entscheidungsverläufe"<sup>1</sup>. Das Besondere in den Staaten Osteuropas ist, daß diese Probleme, anders als in den vorangegangenen Demokratisierungswellen, parallel gelöst werden müssen.<sup>2</sup>

Die Rezeption bereits vorhandener Verfassungsmodelle war deshalb bei der demokratischen Umgestaltung dieser Staaten naheliegend, denn die Zeit war knapp und das Risiko von Experimenten sollte vermieden werden.<sup>3</sup>

Zur Auswahl standen dabei grundsätzlich drei Regierungstypen: 1. ein rein parlamentarisches System, wie z.B. in Deutschland, mit einem schwachen Präsidenten mit eher repräsentativen Aufgaben und einem Parlament, von dessen alleinigem Vertrauen die Regierung abhängig ist, 2. ein präsidentielles System mit einem direkt gewählten Präsidenten mit maximalem Einfluß auf die Regierungsbildung, einem Parlament als Legislative und strikter Gewaltenteilung, wie z.B. in den USA, 3. ein Mischsystem, wie z.B. das semipräsidentielle System Frankreichs, mit einem für eine feste Amtsperiode direkt gewählten Präsidenten, der neben dem Parlament zwar durch bestimmte exekutive Befugnisse unabhängig agieren aber nicht völlig eigenständig regieren kann. Zur Umsetzung seines Programms benötigt er die Regierung, die vom Vertrauen des Parlaments abhängig ist, wobei der Präsident sich den konstitutionell geregelten Zugriff auf die Regierung mit dem Parlament teilt und/oder mit ihm darum konkurriert.<sup>4</sup>

Aufgrund von Erfahrungen mit den Transformationsprozessen in Südamerika und

---

<sup>1</sup>Merkel, Wolfgang, Transformationsstrategien. Problem, Erfahrungen und Grenzen, in: Internationale Politik 6 (1995), S.3-8, S.3.

<sup>2</sup>Ebenda, S.5.

<sup>3</sup>Rüb, Friedbert W., Wie weit können Verfassungen reisen? Parlamentarismus, Präsidentialismus und Semipräsidentialismus in Osteuropa. Beitrag für die Sektion "Vergleichende Politikwissenschaft" der DVPW. "Parlamentarismus und Präsidentialismus. Export nach Osten, Konvergenz im Westen?" auf dem 20. wissenschaftlichen Kongreß der DVPW "Demokratie - eine Kultur des Westens?" vom 13.-17. Oktober 1997 in Bamberg, S.15.

<sup>4</sup>Ebenda, S.22-29.

Südeuropa ist die Ansicht in der Literatur weit verbreitet, daß grundsätzlich ein parlamentarisches Regierungssystem besser geeignet ist, die Probleme zu bewältigen, die sich aus der Transformation ergeben.<sup>5</sup> Parlamentarische Systeme fördern die Entwicklung einer stabilen und sozial verankerten Parteienlandschaft und bieten gleichzeitig Anreize, dauerhafte parlamentarische Koalitionen zu bilden.<sup>6</sup> Sie haben allerdings das Problem der Handlungsfähigkeit der Exekutive bei nicht ausgebildetem Mehrparteiensystem und dadurch nicht vorhandenen stabilen parlamentarischen Mehrheiten, so daß notwendige Reformen möglicherweise nicht in Gang gesetzt werden können.

Systeme mit einem machtvollen Präsidenten dagegen sind anfälliger gegenüber autoritären bzw. autokratischen Tendenzen, vor allem, wenn sich die Akteure nicht auf die konstitutionellen Verfahren und die ihnen von der Verfassung zugedachten Rollen innerhalb des Systems beschränken. In semipräsidentiellen Mischsystemen existiert zusätzlich das Problem der Doppelung und Gleichzeitigkeit zentraler politischer Strukturen wodurch ein zu großer Spielraum im politischen System geschaffen wird, den zu viele Akteure ausgestalten können.<sup>7</sup>

Anhand von drei Fallbeispielen soll dargestellt werden, für welche Regierungssysteme sich diese Staaten entschieden haben und in welchem Kontext diese Systeme entstanden sind. Dabei wird untersucht werden, wie weit bereits existierende Modelle übernommen wurden und welche Probleme dabei auftraten. Schließlich wird der Frage nachgegangen, ob es ein "bestes" Regierungssystem gibt, welches die demokratische Konsolidierung in den Staaten Osteuropas begünstigt.

## **II. Beispiele für Systeme in Osteuropa und Probleme ihrer Entfaltung**

### **1. Polen**

#### **Polnischer Nationalismus und die Solidarno**

Seit den sechziger Jahren bildeten sich Dissidentengruppen in Polen. Diese vereinigten

---

<sup>5</sup>Vgl. z.B. Merkel, Transformationsstrategien (Anm. 1), S.5-7; Linz Juan L./Stepan, Alfred, Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America and Post-Communist Europe, Baltimore/London 1996, S.139-149.

<sup>6</sup>Ebenda, S.181ff.

<sup>7</sup>Rüb (Anm.3), S.29.

sich anlässlich von Werftarbeiterstreiks 1981 zum Gewerkschaftsbund Solidarno\_\_\_. Das kommunistische Machtmonopol war gebrochen und die Menschen konnten außerhalb staatlicher Bahnen politisch tätig werden.

In der Geschichte Polens stand der Kampf um nationale Unabhängigkeit immer an erster Stelle. Das kommunistische Regime nach dem Zweiten Weltkrieg wurde von der Mehrheit der Polen als Verlust von Unabhängigkeit an Rußland empfunden. Für die Dissidenten war nationale Unabhängigkeit gleichbedeutend mit der Wiedererlangung westlicher Werte. Der "Solidarno\_\_-Ethos" betonte diese Werte eines "normalen" Nationalstaats. In der Zeit ihrer Legalität wurde die Solidarno\_\_ zu einer Bewegung für nationale Unabhängigkeit und damit für eine Demokratie westlicher Prägung.<sup>8</sup>

1981 wurde das Kriegsrecht verhängt und die Solidarno\_\_ verboten. Sie blieb aber im Untergrund tätig. Im Unterschied zu anderen postkommunistischen Staaten existierte in Polen also zur Zeit des Umbruch eine oppositionelle Gruppe, die Erfahrungen als organisierte politische Organisation besaß und deshalb in der Lage war, als Verhandlungspartner aufzutreten und politische Macht zu übernehmen.<sup>9</sup>

### **Ausgehandelter Systemwechsel**

Auslöser des Umbruchs war die Wirtschaftskrise in den achtziger Jahren, von der besonders Polen betroffen war. Enorm hohe Inflationsrate und die katastrophale Versorgungslage veranlaßten die Menschen immer wieder auf die Straße zu gehen und zu demonstrieren. Die politische Führung erklärte sich 1989 schließlich zu Verhandlungen mit der Opposition in Gestalt von Vertretern der Solidarno\_\_ und der katholischen Kirche bereit.

Zwischen den Weltkriegen, während der Zweiten Polnischen Republik, hatte man bereits Erfahrungen mit demokratischen Institutionen und Marktwirtschaft gemacht. Die demokratischen Strukturen konnten sich allerdings nicht konsolidieren und 1926 wurde durch den Militärputsch Pi\_sudskis ein autoritäres System etabliert. Die Erfahrungen mit einem eigenständigen und

---

<sup>8</sup>Michta, Andrew A., Democratic consolidation in Poland after 1989, in: Dawisha, Karen/Parrott, Bruce (Hg.), The consolidation of democracy in East-Central Europe (=Democratization and Authoritarianism in Postcommunist Societies: 1), Cambridge 1997, S.66-108, S.72-75.

<sup>9</sup>Ebenda, S.75.

demokratischen polnischen Staat und mit der Marktwirtschaft blieben aber in der Erinnerung in Bevölkerung erhalten.<sup>10</sup> Um den wirtschaftlichen Problemen zu begegnen erschien es nun legitim, demokratische Institutionen einzuführen, denn ein großer Teil der Polen assoziierte sie mit wirtschaftlichen Wohlstand.<sup>11</sup>

Die Verhandlungen am Runden Tisch fanden in einer Situation statt, in der die Verhandlungspartner von einem "Rawlsian veil of ignorance"<sup>12</sup> umgeben waren. Beide Seiten waren zu Konzessionen an die Gegenseite bereit. In der Solidarność war man sich der Vorreiterrolle Polens im sozialistischen Lager in Europa und der damit verbundenen Gefahr einer sowjetischen Intervention bewußt.<sup>13</sup> Die Machthaber hingegen befürchteten, die anstehenden Parlamentswahlen könnten von der Opposition boykottiert werden.<sup>14</sup>

Bei den Verhandlungen wurden verschiedene Kompromisse erzielt. 35% der Abgeordneten im Sejm, dem ursprünglichen Einkammerparlament, sollten bei den bevorstehenden Wahlen frei gewählt werden. Die übrigen Sitze sollten der kommunistischen Partei bzw. den verbündeten Blockparteien vorbehalten bleiben und ihnen eine Mehrheit sichern.

Weiter forderten die Kommunisten die Einführung eines starken, vom Sejm gewählten Präsidenten, um ihre Position zu stärken. Die Vertreter der Opposition stimmten diesem starken Präsidentenamt erst zu, als ihnen die Einführung einer zweiten Parlamentskammer, dem Senat, angeboten wurde. Alle Abgeordneten dieses Hauses sollten frei gewählt werden. Die künftige Regierung sollte von beiden Kammern gewählt werden. Die Verhandlungsergebnisse des Runden Tisches wurden nach der Verabschiedung durch den Sejm als Zusätze in die Verfassung eingebracht.<sup>15</sup>

Im Juni 1989 wurden die Parlamentswahlen wie vereinbart abgehalten. Resultat war ein überwältigender moralischer Sieg für die Opposition. Jaruzelski wurde von den beiden Häusern

---

<sup>10</sup>Ebenda, S.70.

<sup>11</sup>Ebenda, S.69.

<sup>12</sup>Linz/Stepan (Anm.5), S.266.

<sup>13</sup>Michta, consolidation (Anm.10), S.76f.

<sup>14</sup>Linz/Stepan (Anm.5), S.265.

<sup>15</sup>Ebenda, S.267-269.

des Parlamentes mit nur einer Stimme Mehrheit zum Präsidenten gewählt. Eine kommunistische Regierung kam aber nicht zustande, da die Bauernpartei aus dem kommunistischen Block ausschied. Das Parlament wählte die erste nichtkommunistische Regierung im "Ostblock" mit dem Vertreter der Intellektuellen in der Solidarno\_\_ Tadeusz Mazowiecki als Premierminister.<sup>16</sup>

### **Wa\_\_sas Präsidentschaft**

Lech Wa\_\_sa, der populäre Vorsitzende der Solidarno\_\_, hatte sich für einen antipolitischen Stil entschieden. Er hatte sich entschieden, nicht als Mitglied einer Partei in den Sejm zu gehen oder für das Amt des Ministerpräsidenten zu kandidieren. Erst als Jaruzelski zurückgetreten war und das Amt des Präsidenten freimachte, beschloß Wa\_\_sa schließlich, als parteiloser Kandidat für dieses Amt anzutreten.<sup>17</sup>

Die Solidarno\_\_ spaltete sich an der Frage des Zeitpunktes von neuen Parlamentswahlen. Wa\_\_sa drängte darauf, sie gleichzeitig mit den direkten Präsidentschaftswahlen im Herbst 1990 stattfinden zu lassen. Die Mazowiecki-Regierung und die Führung der Solidarno\_\_ im Parlament wollten die Parlamentswahlen später stattfinden lassen. Die Spaltung wurde während des Präsidentschaftswahlkampfes noch vertieft, denn die beiden Solidarno\_\_kandidaten Wa\_\_sa und Mazowiecki traten neben anderen als Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten an.<sup>18</sup>

Die Präsidentschaftswahlen im Dezember 1990 konnte Wa\_\_sa in der Stichwahl mit 75% der Stimmen für sich entscheiden. Dieses starke Mandat und die erweiterte Verfassung verliehen ihm eine sehr starke Position gegenüber dem nur teilweise demokratisch legitimierten Sejm.<sup>19</sup> Das polnische System war jetzt faktisch semipräsidentiell, ähnlich dem der Fünften Französischen Republik. Der Präsident war direkt gewählt worden, hatte aber geringere Kompetenzen als der französische. Ihm gegenüber stand ein Zweikammerparlament, von dessen Vertrauen die Regierung abhängig war. Allerdings waren diese neuen Institutionen nur als Erweiterung in die alte Verfassung eingefügt worden.

---

<sup>16</sup>Ebenda, S.266.

<sup>17</sup>Ebenda, S.273.

<sup>18</sup>Ebenda, S.274.

<sup>19</sup>Michta, consolidation (Anm.10), S.77.

Für die ersten vollständig freien Parlamentswahlen im Oktober 1991 wurde, anders als im semipräsidentiellen System Frankreichs, kein Mehrheitssystem eingeführt sondern eine extreme Form des Verhältniswahlrecht. Die Folge dieses Wahlgesetzes und der Schwäche der vielen angetretenen Parteien war eine starke Fragmentierung des Parlamentes. Keine Partei erhielt mehr als 13% der Sitze und von den 29 Parteien, die Mandate erhalten hatten, waren elf mit nur einem Abgeordneten vertreten.<sup>20</sup> Dies schwächte die Position des Parlamentes gegenüber dem Präsidenten weiter, da es kompliziert wurde, eine stabile Koalition zu bilden und eine Regierung auf parlamentarischer Basis zu bilden.

So war die Regierungsbildung nach den Wahlen von 1991 geprägt von fortgesetzten Auseinandersetzungen zwischen dem Präsidenten und dem Sejm. Wa\_\_sas Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten wurde von der Mehrheit der Abgeordneten abgelehnt. Der Präsident wiederum lehnte den Kandidaten der Parlamentsmehrheit Jan Olszewski ab, da er ihn für ungeeignet hielt, die Reformpolitik weiterzuführen. Im Dezember lenkte Wa\_\_sa schließlich nach fast zwei Monaten ein und nominierte Olszewski, der am folgenden Tag vom Parlament bestätigt wurde.<sup>21</sup>

Der Präsident und der Regierungschef fanden aber keine Formel zur Zusammenarbeit. Bei der unklaren Kompetenzverteilung der nur erweiterten Verfassung von 1952 wäre dies aber notwendig gewesen, um eine effektive Regierung zu ermöglichen.<sup>22</sup> So war die polnische Politik in diesem Zeitraum gekennzeichnet von lähmenden Auseinandersetzungen um Kompetenzen zwischen Wa\_\_sa und den wechselnden Regierungen bzw. dem Parlament. Mit der Wahl von Hanna Suchocka zur Premierministerin durch eine Koalition aus acht Parteien im Juli 1992 war der "war at the top"<sup>23</sup> zunächst beendet. Die Krise hatte aber die Notwendigkeit einer neuen konstitutionellen Regelung deutlich gezeigt.<sup>24</sup>

---

<sup>20</sup>Michta, Andrew A., The Presidential-Parliamentary System, in: Staar, Richard F. (Hg.), Transition to Democracy in Poland. Second Edition, Houndmills/Basingstoke/Hampshire RG21 6XS/London 1998, S.93-111, S.96.

<sup>21</sup>Ebenda, S.96f.

<sup>22</sup>Ebenda, S.98.

<sup>23</sup>Michta, consolidation (Anm.10), S.77.

<sup>24</sup>Michta, System (Anm.22), S.99-102.



## **Die "Kleine Verfassung" von 1992**

Die sogenannte "Kleine Verfassung", die schließlich am 1. August 1992 vom Sejm angenommen wurde, schrieb ein semipräsidentielles System vor und spiegelte damit den vorangegangenen Machtkampf zwischen Präsident und Parlament wider. Sie hatte provisorischen Charakter und sollte bis zur Verabschiedung einer endgültigen "Großen Verfassung" die offensichtlich unzureichende, nur erweiterte Konstitution von 1952 ersetzen und die Kompetenzen der staatlichen Organe klar regeln.<sup>25</sup>

Wa\_\_sa konnte sich mit seiner Forderung nach Ausweitung der präsidentialen Kompetenzen nach französischem Vorbild teilweise durchsetzen. Der Präsident erhielt die Kontrolle über die sogenannte Machtministerien (Verteidigung, innere Angelegenheiten und Außenpolitik). Seine Befugnisse waren aber begrenzt. So bedurften z.B. präsidentiale Entscheidungen, mit Ausnahme der Parlamentsauflösung, der Zustimmung eines Regierungsmitgliedes. Insgesamt war die "Kleine Verfassung" ein Kompromiß zwischen Wa\_\_sas Forderung nach einer zentralen Rolle des Präsidenten und dem Anspruch des Sejms auf den Vorrang der Legislative in der polnischen Politik.<sup>26</sup>

## **Kohabitation: Wa\_\_sa vs. Postkommunisten**

Die Regierung unter Premierministerin Suchocka bestand bis zum Frühjahr 1992. Sie endete durch ein Mißtrauensvotum des Sejms. Eine neue Regierung wurde nicht gebildet. Wa\_\_sa löste das Parlament im Einverständnis mit den Parteien auf und rief Neuwahlen aus.<sup>27</sup>

Die Wahlen im Oktober 1993 wurden unter einem neuem Wahlgesetz abgehalten, welches die Fragmentierung des Parlaments durch eine Sperrklausel von 5% der Stimmen für eine Partei, bzw. 8% für eine Koalition einschränken sollte.<sup>28</sup> Die Wahlen brachten einen Machtwechsel, denn viele der Parteien, die sich aus der gespaltenen Solidarno\_\_ entwickelt hatten, scheiterten an der neuen Sperrklausel. Die reformkommunistische Koalition, bestehend

---

<sup>25</sup>Ebenda, S.103.

<sup>26</sup>Michta, consolidation (Anm.10), S.82ff.

<sup>27</sup>Michta, System (Anm.22), S.105.

<sup>28</sup>Michta, consolidation (Anm.10), S.80f.

aus der Demokratischen Links-Allianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej, SLD) und der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe), waren dadurch überrepräsentiert. Bei einem Wahlergebnis von 36% der Stimmen erhielten sie 66% der Sitze im Sejm und 76% der Sitze im Senat. Die Reformkommunisten kontrollierten nun beide Häuser des Parlaments und die Regierung.<sup>29</sup>

Im französischen System kam es nicht zu Auseinandersetzungen zwischen Präsident und Regierungschef, wenn diese anderen politische Richtungen angehörten. In dieser Situation der Kohabitation akzeptierten die Akteure gegenseitig ihre Vorrechte und bei Überschneidungen "...sprachen sie mit zwei Mündern, aber einer Stimme".<sup>30</sup>

Dem ehemaligen Oppositionellen Wa\_\_sa bereitete die Kohabitation mit der reformkommunistischen Regierung allerdings Schwierigkeiten. Er sah sich nun als Verteidiger der polnischen Revolution und des Vermächnisses der Solidarno\_\_ gegen die alte Nomenklatur in Form einer reformkommunistischen Regierung. Die Regierungskoalition hingegen erklärte, sie wolle strikt innerhalb der Grenzen der Verfassung agieren.<sup>31</sup> Dieser Konflikt führte zu schweren Auseinandersetzungen und gegenseitiger Delegitimation von Staatspräsident und Regierungschef, die dem politischen System sicherlich nicht zu größerer Akzeptanz und Effektivität verholfen haben.<sup>32</sup>

Bei den Präsidentenwahlen konnte sich der Kandidat der postkommunistischen SLD Aleksander Kwa\_niewski bei Stichwahlen am 19. November 1995 gegen Wa\_\_sa knapp durchsetzen. Er erhielt 51,72% der Stimmen, sein Gegner 48,28%.<sup>33</sup> Die Postkommunisten dominierten nun die politische Landschaft Polens mit ihrer Mehrheit im Parlament und Kwa\_niewski als Präsidenten.

Die Verabschiedung einer endgültigen Verfassung vor 1997 scheiterte vor allem an

---

<sup>29</sup>Michta, System (Anm.22), S.106.

<sup>30</sup>Rüb (Anm.3), S.16.

<sup>31</sup>Michta, consolidation (Anm.10), S.82.

<sup>32</sup>Mommsen, Margareta, "Delegative", "halbierte" und "Nomenklatura"-Demokratien. Zu den Entstehungs- und Entfaltungsbedingungen demokratischer Gemeinwesen in Osteuropa, in: Glæßner, Gert-Joachim/Reiman, Michael (Hg.), Systemwechsel und Demokratisierung. Rußland und Mittel-Osteuropa nach dem Zerfall der Sowjetunion, Opladen 1997, S.233-277, S.257-260.

<sup>33</sup>Michta, consolidation (Anm.10), S.88.

Differenzen über die Beziehung zwischen Kirche und Staat. Die "Große Verfassung" wurde schließlich erst im Frühjahr 1997 vom Parlament beschlossen und durch ein Referendum am 25. Mai bestätigt. Sie behielt das semipräsidentiellen System bei, verschob aber die immer wieder umstrittenen Machtverhältnisse zugunsten des Premierministers und des Kabinetts. Die wichtigste Änderung war, daß dem Präsidenten sein Einfluß auf die Machtministerien und das Recht, gegen den Haushalt sein Veto einzulegen, genommen wurden. Auch die lange umstrittenen Beziehungen zwischen Kirche und Staat wurden jetzt geregelt.<sup>34</sup>

### **Stand der Transformation**

Die Reformen seit 1989 haben den institutionellen Rahmen für Demokratie und Marktwirtschaft in Polen geschaffen. Die endgültige Verfassung von 1997 schreibt ein demokratisches System mit einem semipräsidentiellen Regierungssystem nach französischem Vorbild vor. Es gab Differenzen bei der schwierigen und langwierigen Verfassungsgebung, aber keiner der politischen Akteure befürwortete nichtdemokratische Lösungen. Das Parteiensystem ist dabei, sich zu konsolidieren. Seit dem Umbruch wurden mehrfach Parlament und Präsident gewählt, wobei die Machtwechsel von allen Beteiligten akzeptiert wurden.<sup>35</sup>

Durch die anfängliche radikale ökonomische Umstrukturierung steht Polen wirtschaftlich besser da als erwartet. Das Privatisierungsprogramm muß allerdings noch zuende geführt werden. Auch das Problem der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit muß noch angegangen werden.<sup>36</sup>

Die Zivilgesellschaft in Polen reift allmählich heran, und die Bevölkerung hat das demokratische System generell akzeptiert, trotz der Härten durch die schnelle Umgestaltung der Wirtschaft.<sup>37</sup>

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die demokratische Transformation in Polen bis jetzt noch nicht abgeschlossen ist. Es ist zu erwarten, daß die polnische Demokratie gute

---

<sup>34</sup>Michta, System (Anm.22), S.109 f.

<sup>35</sup>Michta, consolidation (Anm.10), S.66f.

<sup>36</sup>Ebenda, S.67.

<sup>37</sup>Ebenda, S.95ff.

Chancen zur Konsolidierung hat.

## **2. Tschechoslowakei und die Tschechische Republik**

### **Einflüsse der Vergangenheit**

Anders als andere postkommunistische Staaten Europas kann die Tschechoslowakei auf das Erbe einer beständigen und konsolidierten Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg zurückblicken. Die erste Republik existierte, anders als die polnische Zwischenkriegsdemokratie, durchgehend, bis sie 1938 von Hitler zerschlagen wurde. Nach dem Umbruch 1989 bestand die Möglichkeit, auf diese demokratischen Traditionen zurückzugreifen.

Auch die Zeit der kommunistischen Herrschaft hat natürlich Einfluß auf die Transformation in der Tschechoslowakei. Der Versuch, den Sozialismus während des "Prager Frühlings" 1968 zu reformieren wurde von Truppen des Warschauer Paktes mit militärischer Gewalt niedergeschlagen. Die darauf folgende zwanzigjährige Unterdrückung alternativer Gedanken, sowohl von Individuen als auch von Gruppen, verhinderte die Formierung einer Oppositionsgruppe im Stil der Solidarno \_\_. <sup>38</sup> Es bildeten sich in diesem Zeitraum trotz massiver Repression zwar einige Dissidentengruppen, diese waren aber klein, unorganisiert und antipolitisch. <sup>39</sup> Die wichtigste von ihnen, die Menschenrechtsgruppe "Charta 77", war mehr ein Kommunikationsnetzwerk als ein politisches Aktionsbündnis. Dennoch bildeten ihre Mitglieder den personellen Kern der Bürgerrechtsbewegungen, die 1989 den Umbruch bewirkten. <sup>40</sup>

### **Kollaps des kommunistischen Regimes**

Nach einem Polizeieinsatz gegen Demonstranten und der Verhaftung zahlreicher Dissidenten kam es im November 1989 zu Massenprotesten. Diese Aktionen gingen von zwei Bürgerbewegungen, dem Bürgerforum (Ob\_anske Forum) in Prag und Öffentlichkeit gegen Gewalt (Ve\_ejnost Proti Nasili) in Bratislava, der Hauptstadt der slowakischen Teilrepublik, aus. Nach zehn Tagen anhaltender Proteste brach das kommunistische Regime zusammen. Die

---

<sup>38</sup>Olson, David M., Democratization and political participation, in: Dawisha/Parrott, consolidation (Anm.10), S.150-196, S.153.

<sup>39</sup>Linz/Stepan (Anm.5), S.321.

<sup>40</sup>Olson (Anm.40), S.153.

politische Führung trat zurück und die Bürgerbewegungen waren plötzlich und unerwartet in der Regierungsverantwortung.<sup>41</sup> Reformkommunistische Verhandlungspartner wie in Polen gab es nicht, denn nach dem Prager Frühling waren sie den parteiinternen Säuberungen zum Opfer gefallen.<sup>42</sup>

Eine der ersten Maßnahmen der Reformer war die Wiederbelebung der Legislative in Gestalt der Bundesversammlung und der Nationalräte. Mehr als die Hälfte der kommunistischen Abgeordneten war zurückgetreten. Die freigewordenen Sitze wurden nun mit Reformern aus den Bürgerbewegungen besetzt. Im Parlament sollten nun die rechtlichen Maßnahmen zur Systemtransformation eingeleitet werden. Der populäre Regimegegner Václav Havel wurde von der Bundesversammlung zum neuen Präsidenten gewählt. Die Verfassung von 1968 wurde erweitert und die Führungsrolle der kommunistischen Partei und andere verhaßte Symbole der kommunistischen Vergangenheit wurden aus ihr entfernt. Der Vorsitzende der Bundesversammlung und der Ministerpräsident wurden neu gewählt. All diese frühen Maßnahmen wurden in den Parlamenten eingeleitet und setzten diese ins Zentrum der politischen Reformen.<sup>43</sup>

Es gelang aber nicht, die Bürgerbewegungen zu einer landesweiten Organisation zu vereinen. Die institutionsfeindliche Haltung vieler Oppositioneller, die sich in der Zeit der kommunistischen Herrschaft verbreitet hatte, verhinderte dies. Alles, was einer Partei ähnelte, war durch die langjährige Einparteiherrschaft diskreditiert worden.<sup>44</sup>

Am 8. und 9. Juni 1990 fanden die ersten freien Wahlen in der Tschechoslowakei seit dem Zweiten Weltkrieg statt. Sie entsprachen, wie in anderen Staaten des "Ostblocks", eher einem Referendum gegen die kommunistische Herrschaft, weniger einer Wahl von Parteien und Programmen. Die Bürgerbewegungen gingen als eindeutige Sieger aus ihnen hervor. Sie waren keine Parteien im westlichen Sinne sondern entsprachen in ihrer Heterogenität eher sozialen

---

<sup>41</sup>Linz/Stepan (Anm.5), S.316.

<sup>42</sup>Ebenda, S.318.

<sup>43</sup>Olson (Anm.40), S.155.

<sup>44</sup>Linz/Stepan (Anm.5), S.331f.

Bewegungen.<sup>45</sup> Nach den Wahlen 1990 formierten sich die Parteien durch Abspaltung von diesen Bürgerbewegungen.<sup>46</sup>

### **Auflösung der Föderation**

Die "Samtene Trennung" ist eine unter anderem Folge des föderalen Systems, das mit der Verfassung von 1968 eingeführt wurde. Die beiden Landesteile wurden zu Teilrepubliken und erhielten jeweils einen Nationalrat. Statt des Einkammerparlament wurde ein föderales Zweikammerparlament eingerichtet. In einer der beiden Kammern, der Kammer der Nationen saßen je zur Hälfte Abgeordnete aus dem tschechischen und aus dem slowakischen Landesteil. Diese konnten getrennt voneinander abstimmen. Für konstitutionelle Änderungen mußten in jeweils beiden Abgeordnetengruppen dieser Kammer eine Mehrheit bestehen. Damit hatte bereits eine kleine Gruppe die Möglichkeit, solche Änderungen zu blockieren.<sup>47</sup>

Die Bürgerbewegungen der beiden Teilrepubliken hatten es versäumt, sich zu vereinigen. Da die Parteien sich aus Abspaltungen der Bürgerbewegungen entwickelten, bildeten sich in beiden Landesteilen zwischen den Parlamentswahlen von 1990 und 1992 unterschiedliche Parteiensysteme heraus.<sup>48</sup>

Die Parlamentswahlen im Juni 1992 zeigten dann, wie unterschiedlich die Meinung der Menschen in den beiden Landesteilen hinsichtlich der Reformen war. Im tschechischen Landesteil erhielt die Koalition aus der Demokratischen Bürgerpartei (Ob\_anska demokraticka strana) und der Christlich-Demokratischen Partei (K\_estanskodemokraticka strana) die meisten Stimmen. Sie setzte sich für eine schnelle wirtschaftliche Umgestaltung ein. Im slowakischen Teil konnte die Bewegung für eine Demokratische Slowakei (Hnutie za demokoraticke Slovensko) den größten Stimmenanteil für sich verbuchen. Sie trat für eine Verlangsamung der wirtschaftlichen Reformen ein.<sup>49</sup>

---

<sup>45</sup>Olson (Anm.40), S.175ff.

<sup>46</sup>Vodi\_ka, Karel, Politisches System Tschechiens. Vom kommunistischen Einparteiensystem zum demokratischen Verfassungsstaat, Münster 1996, S.208.

<sup>47</sup>Linz/Stepan (Anm.5), S.330.

<sup>48</sup>Olson (Anm.40), S.155f.

<sup>49</sup>Vodi\_ka (Anm.48), S.208.

Mit der alten, nur amendierten Verfassung von 1968 war unter diesen Voraussetzungen eine Verfassungskrise vorprogrammiert. So scheiterte dann auch die Verfassungsgebung für einen föderalen tschechoslowakischen Staat an der Unfähigkeit und dem Unwillen der politischen Akteure im Parlament, in Fragen der neuen Verfassung und dem Tempo der wirtschaftlichen Umgestaltung einen Kompromiß zu finden. Sie nutzten die Vetomöglichkeiten der alten föderalen Verfassung, um gegenseitig Entscheidungen zu blockieren.<sup>50</sup> In dieser Situation des Stillstandes beschloß man, die Tschechoslowakei aufzulösen.

Die Entscheidung, die Tschechoslowakei durch Dismembration aufzulösen wurde von den Politikern getroffen. In keinem der beiden Landesteilen war die Bevölkerung mehrheitlich für eine Trennung.<sup>51</sup> Mit dem 1. Januar 1993 hörte die Tschechoslowakei auf, als Gesamtstaat zu existieren.

### **Die tschechische Verfassung nach 1992**

Mit der Ausarbeitung einer Verfassung für einen souveränen tschechischen Staat wurde bereits 1992 begonnen, als sich der Zerfall der Tschechoslowakei als Gesamtstaat bereits deutlich abzeichnete.<sup>52</sup> Sie wurde am 16. Dezember 1992 vom tschechischen Parlament verabschiedet und trat am 1. Januar 1993 mit der Auflösung der Tschechoslowakei in Kraft.

Sie schreibt ein parlamentarisches System vor. Die Stellung und die Funktionen des Parlaments lassen sich mit denen anderer europäischer parlamentarischer Systeme vergleichen. Es besteht aus zwei Kammern, dem Abgeordnetenhaus und dem Senat. Es verfügt über die alleinige Legislativgewalt, wählt die Regierung und den Staatspräsidenten.<sup>53</sup>

Der Präsident ist das tschechische Staatsoberhaupt. Seine konstitutionelle Position ist nur wenig machtvoller als die des deutschen und im Vergleich zu früheren Regelungen schwächer. Seine verfassungsmäßigen Kompetenzen übt er zum Teil zusammen mit dem

---

<sup>50</sup>Rüb (Anm.3), S.21.

<sup>51</sup>Vodi\_ka (Anm.48), S.210f.

<sup>52</sup>Ebenda, S.357.

<sup>53</sup>Ebenda, S.368ff.

Ministerpräsidenten aus.<sup>54</sup>

Die Kompetenzen der parlamentarisch gewählten Regierung sind nicht durch die Verfassung selbst festgelegt, sondern durch verschiedene Gesetze. Sie ist dem Parlament gegenüber verantwortlich und von dessen Vertrauen abhängig. Ihre Stellung gegenüber dem Parlament ist, verglichen mit vorangegangenen Regelungen gestärkt. Dies ist während der Phase des Übergangs zu einer pluralistischen Demokratie durchaus sinnvoll, da in diesem Zeitraum die Regierung ausreichende politische Autorität besitzen sollte.<sup>55</sup>

Die tschechische Verfassung knüpft eng an die Verfassungstradition der ersten Tschechoslowakischen Republik an. Das parlamentarische Regierungssystem, die Struktur des Parlamentes mit zwei Kammern, die Stellung des Präsidenten, das Wahlsystem und die Struktur der Kapitel der Verfassung sind an die Verfassung von 1920 angelehnt.<sup>56</sup> Berücksichtigt wurden aber auch konstitutionelle Erfahrungen anderer demokratischer europäischer Staaten.<sup>57</sup>

### **Der Stand der Transformation**

Die tschechische Republik hat einen doppelten Umbruch vollzogen. Zuerst wurde der Systemwechsel von einem kommunistischen Regime zu demokratischen Institutionen durchgeführt, dann der Wechsel von einer Föderationsrepublik zu einem souveränen Staat.<sup>58</sup> Mit der tschechischen Verfassung von 1993 wurde ein parlamentarisches System etabliert, das an die Erfahrungen der Zwischenkriegszeit anknüpft.

Auch die Parteienlandschaft konnte teilweise an die Traditionen der ersten tschechoslowakischen Republik anknüpfen.<sup>59</sup> Seit den Parlamentswahlen von 1992 konsolidiert sich das Parteiensystem allmählich.<sup>60</sup>

---

<sup>54</sup>Ebenda, S.372ff.

<sup>55</sup>Ebenda, S.376ff.

<sup>56</sup>Ebenda, S.187.

<sup>57</sup>Ebenda, S.368.

<sup>58</sup>Olson (Anm.40), S.188f.

<sup>59</sup>Ebenda, S.181.

<sup>60</sup>Vodi\_ka (Anm.48), S.406.



Die Bevölkerung begrüßt die Demokratie und die wirtschaftliche Reformen generell, auch wenn es Vorbehalte gibt.<sup>61</sup> Seit 1993 steigt die Zufriedenheit mit den politischen Verhältnissen.<sup>62</sup>

Verglichen mit anderen postkommunistischen Staaten hat Tschechien sich als relativ stabil erwiesen. Die politischen und wirtschaftlichen Reformen waren erfolgreich.<sup>63</sup> Insgesamt kann man sagen, daß sich die tschechische Demokratie in absehbarer Zeit konsolidiert haben wird.

### **3. Rußland**

#### **Der Weg in die russische Staatlichkeit**

In den späten achtziger Jahren versuchte der Generalsekretär der KPdSU Gorbatschow mit seiner Politik der Perestroika die Sowjetunion von innen heraus zu reformieren dabei aber das System selbst in seinen Grundzügen zu erhalten. Um dabei den Machtverlust des Parteiapparates in der Sowjetunion zu kompensieren und die sowjetischen Zentralstrukturen zu stärken, wurde 1990 ein starkes Präsidentenamt auf Unionsebene geschaffen. Ironischerweise hatte dies den gegenteiligen Effekt, denn in den Unionsrepubliken weckte diese Maßnahme einen "starken Nachahmungstrieb"<sup>64</sup>. Dort sah man die Möglichkeit, mit Einführung einer eigenen Präsidentschaft die Eigenstaatlichkeit zu stärken.<sup>65</sup>

In Rußland wurde das Amt des Präsidenten auf Bestreben Jelzins eingeführt. Das mächtige Parlament, das mehrheitlich in der Hand konservativer Kommunisten war, stimmte zu. Es gestand aber mit dem "Gesetz über den Präsidenten der RSFSR" dem Präsidenten keine weitreichenden Befugnisse zu. Der Präsident hatte zwar die Kompetenz, Minister zu ernennen und Dekrete zu erlassen, war aber nicht befugt, das Parlament zu entlassen und gegen parlamentarische Gesetze ein Veto einzulegen.<sup>66</sup>

---

<sup>61</sup>Olson (Anm.40), S.190

<sup>62</sup>Vodi\_ka (Anm48), S.406.

<sup>63</sup>Olson (Anm.40), S.190.

<sup>64</sup>Mommsen (Anm.34), S.244.

<sup>65</sup>Ebenda, S.244ff.

<sup>66</sup>Ebenda, S.247.

Im August 1991 putschten konservative Kommunisten gegen Gorbatschow, um den Zerfall des sowjetischen Systems zu verhindern. Der Präsident der russischen Sowjetrepublik Boris Jelzin stellte sich den Putschisten entgegen. Er hatte sich in den Jahren der Perestroika als Radikaldemokrat in der Partei profiliert. Nach einer steilen Karriere war er am 12. Juni 1991 bereits im ersten Wahlgang zum russischen Präsidenten gewählt worden.<sup>67</sup> Nach dem Scheitern des Putsches befand sich Jelzin auf dem Höhepunkt seiner Popularität und Macht.<sup>68</sup>

### **Machtkampf von Parlament und Präsident**

Nachdem der Augustputsch gescheitert war, bestand die Sowjetunion nur noch formal. Jelzin erließ in der Zeit des Machtvakuumms der Zentralbehörden zahlreiche Dekrete, mit denen er die Grenzen seiner konstitutionellen Befugnisse überschritt, stellte eine Regierung zusammen und verbot die KPdSU.<sup>69</sup> Diese Situation wurde allerdings nicht genutzt, um Neuwahlen abzuhalten, um die Machtverhältnisse im Land zu klären. Auch eine neue Verfassung wurde nicht verabschiedet. Im Rückblick hätten diese Maßnahmen den Parlamentsputsch von 1993 eventuell verhindern können.<sup>70</sup>

Im Konflikt mit der Zentralmacht um eine russische Eigenstaatlichkeit standen der radikale Demokrat Jelzin und das kommunistisch dominierte Parlament auf einer Seite. Der Volksdeputiertenkongreß unterstützte ihn in diesen Tagen bei der Umgestaltung der Unionsstrukturen zugunsten Rußlands und erteilte ihm Sondervollmachten, um seine radikalen Wirtschaftsreformen hin zu einer Marktwirtschaft durchzuführen. Dieses Bündnis zerbrach aber, nachdem der gemeinsame Gegner, die sowjetische Zentralmacht, weggefallen war.<sup>71</sup>

Vizepräsident Ruzkoj und Parlamentspräsident Chasbulatow opponierten zunehmend offen gegen Jelzin und seine Reformpolitik. Die Sondervollmachten, die ihm noch 1991 erteilt

---

<sup>67</sup>Haarland, Hans Peter/Niessen, Hans-Joachim, Der Transformationsprozeß in Rußland. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung (=Schriftenreihe zur Ordnungspolitik 4), Bonn 1997, S.67ff.

<sup>68</sup>Ebenda, S.70.

<sup>69</sup>Ebenda.

<sup>70</sup>Remington, Thomas F., Democratization and the new political order in Russia, in: Dawisha, Karen/ Parrott, Bruce, Democratic changes and authoritarian reactions in Russia, Ukraine, Belarus and Moldova (=Democratization and Authoritarianism in Postcommunist Societies: 3), Cambridge 1997, S.69-129, S.74.

<sup>71</sup>Haarland/Niessen (Anm.69), S.70f.

worden waren, wurden ihm abgesprochen und die Verabschiedung einer neuen Verfassung wurde blockiert. Der Konflikt eskalierte schließlich. Im Frühjahr 1993 löste Jelzin das Parlament per Dekret auf. Im Gegenzug erklärte das Parlament den Präsidenten für abgesetzt und beriefen eine neue Regierung. Man verbarrikadierte sich im Weißen Haus in Moskau, dem Parlamentsgebäude Rußlands, das Jelzin schließlich beschießen und erstürmen ließ.<sup>72</sup>

### **Die Verfassung von 1993**

Mit ihrer Ausarbeitung war bereits 1990 von der Verfassungsversammlung begonnen worden. Ihre Mitglieder, unterstützt von westliche Verfassungsexperten, "... durchkämmten auf der Suche nach einem tragfähigen demokratischen Fundament für ihren eigenen Staat die Welt systematisch und flächendeckend nach passenden Vorlagen"<sup>73</sup>. Nach der gewaltsamen Auflösung des russischen Parlaments durch Boris Jelzin war dieser praktisch der einzige Machtfaktor in Rußland. Die maßgeblich nach seinen Vorstellungen gestaltete Verfassung wurde im Dezember 1993 durch ein Referendum angenommen. Jelzin betonte zwar, daß sein Entwurf es vermieden habe, "...das amerikanische, französische oder irgendein anderes Modell zu kopieren"<sup>74</sup>. Es besteht aber weitgehend Einigkeit darüber, daß sich die endgültige Verfassung Rußlands weitgehend am französischen semipräsidentiellen Modell orientiert.<sup>75</sup>

Der russische Präsident ist allerdings noch mächtiger als sein westliche Amtskollege. Er bestimmt die Richtung der Innen- und Außenpolitik. Die Regierungen werden faktisch von ihm ernannt. Er hat die Möglichkeit, mit Dekreten ohne parlamentarische Zustimmung zu regieren und bei wiederholter parlamentarischer Ablehnung seines Kandidaten für das Amt des Premierministers das Parlament aufzulösen. Außerdem besitzt der russische Präsident das Recht zur Gesetzesinitiative und kann beliebig Referenden einberufen.<sup>76</sup> Wegen seiner Machtfülle wird das russische System auch als "Superpräsidentialismus" bezeichnet.<sup>77</sup> Dieses starke

---

<sup>72</sup>Ebenda, S.72f.

<sup>73</sup>Steinsdorff, Sylvia v., Die Verfassungsgenese der Zweiten Russischen und der Fünften Französischen Republik im Vergleich, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 3 (1995), S.486-504, S.488.

<sup>74</sup>Zitiert nach ebenda, S.489.

<sup>75</sup>Ebenda.

<sup>76</sup>Haarland/Niessen (Anm.69), S.75.

<sup>77</sup>Steinsdorff (Anm.75), S.495.

Präsidentenamt ist eine Reaktion auf Machtstellung und die Blockadepolitik des Parlaments während der Zeit der Doppelherrschaft.<sup>78</sup>

Das Parlament Rußlands, die Bundesversammlung, besteht aus zwei Kammern, der Duma und dem Föderationsrat. Innerhalb des russischen System ist seine Stellung im Vergleich zu vorher deutlich schwächer, denn es hat fast nur legislative Kompetenzen. Das Recht, den vom Staatspräsidenten vorgeschlagenen Premierminister zuzustimmen und die Möglichkeit der Regierung das Mißtrauen auszusprechen können vom Präsidenten faktisch außer Kraft gesetzt werden.<sup>79</sup>

Die russische Regierung ist in ihren Möglichkeiten stark eingeschränkt. Die meisten exekutiven Kompetenzen liegen beim Präsidenten, während der Ministerpräsident vor allem wirtschafts- und sozialpolitische Aufgaben hat.<sup>80</sup>

Im Kontrast zum Verfassungstext spiegelt sich in der Verfassungswirklichkeit allerdings deutlich das Fehlen einer demokratischen Kultur wider. Präsident Jelzin stützt seine Machtposition weniger auf die Verfahren, die konstitutionell vorgesehen sind. Vielmehr stärkt er seine Stellung durch parallele Machtstrukturen, die nicht oder nur marginal in der Verfassung verankert sind. Der Präsidialapparat dient ihm zunehmend als eine Art Nebenregierung<sup>81</sup>, während der Nationale Sicherheitsrat sich als höchstes Machtorgan im Staat etabliert hat, was spätestens mit dem dort getroffenen Entschluß zeigte, in Tschetschenien militärisch zu intervenieren.<sup>82</sup>

Aber auch die Abgeordneten der Bundesversammlung zeigen Unverständnis gegenüber den ihnen von der Verfassung zgedachten Rollen. So führte z.B. die von fast allen Fraktionen geäußerte Ablehnung des Einmarschs in Tschetschenien nicht zu einer parlamentarischen Entscheidung, die ausreichend gewesen wäre, die Kriegshandlungen auch nur kurzfristig zu

---

<sup>78</sup>Mommsen (Anm.34), S.249.

<sup>79</sup>Haarland/Niessen (Anm.69), S.79f.

<sup>80</sup>Ebenda, S.88.

<sup>81</sup>Steinsdorff (Anm.70), S.500.

<sup>82</sup>Mommsen (Anm.34), S.269.

unterbrechen.<sup>83</sup>

### **Stand der Transformation**

Die Schritte, die Rußland auf dem Weg in die Demokratie gemacht hat, sind nicht unumkehrbar.<sup>84</sup> Eine demokratische Verfassung wurde 1993 angenommen, allerdings gibt es erhebliche Differenzen zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit. Der autokratische Amtsstil Jelzins und die Präsenz paralleler politische Machtstrukturen, in denen wichtige Entscheidungen ohne ausreichende konstitutionelle bzw. parlamentarische Legitimation getroffen werden, stellen die demokratische Konsolidierung Rußlands in Frage.<sup>85</sup> Hoffnungsvoll mag hingegen stimmen, daß Auseinandersetzungen seit dem Parlamentsputsch 1993 mit konstitutionellen Mitteln ausgetragen werden.<sup>86</sup>

Seit dem Übergang zu einem marktwirtschaftlichen System ist die russische Wirtschaft im Niedergang begriffen. Die daraus resultierende Inflation und Arbeitslosigkeit, aber auch die zunehmende Kriminalität sind die Ursachen für Unzufriedenheit in großen Teilen der Bevölkerung. Die Marktwirtschaft wird nur von einer Minderheit akzeptiert, und die Ansicht, Ruhe und Ordnung seien wichtiger als Demokratie, ist weit verbreitet.<sup>87</sup>

Ein landesweites System von gesellschaftlich verankerten und stabilen Parteien existiert nach wie vor nicht.<sup>88</sup>

Rußland wird auf dem Weg zur Konsolidierung noch viele Hindernisse zu überwinden haben. Vielleicht wird Rußland erst eine Demokratie im westlichen Sinne sein, nachdem "... it has passed through a period of authoritarianism, which would allow durable structures of social power to form and check the power of the state."<sup>89</sup>

---

<sup>83</sup>Steinsdorff (Anm.70), S.500.

<sup>84</sup>Remington (Anm.72), S.69.

<sup>85</sup>Mommsen (Anm.34), S.268-271.

<sup>86</sup>Steinsdorff (Anm.70), S.501.

<sup>87</sup>Haarland/Niessen (Anm.69), S.255ff.

<sup>88</sup>Ebenda, S.80-83.

<sup>89</sup>Remington (Anm.72), S.69.

### **III. Zusammenfassung**

Die Systeme, die in den postkommunistischen Staaten Europas entstanden, spiegeln die Umstände des Systemwechsels und die jeweiligen Machtkonstellationen wider, wie die angeführten Beispiele zeigen. Die meisten Staaten Osteuropas entschieden sich wegen nicht vorhandener Mehrparteiensysteme, aber auch wegen der Rolle einzelner Führungsfiguren beim Umbruch und dem Einfluß der alten Machteliten, meist auf Mischsysteme mit starken Präsidentenämtern.<sup>90</sup>

Die oft nur erweiterten alten sozialistischen Verfassungen waren ursprünglich auf die Einparteienherrschaft der kommunistischen Parteien zugeschnitten. Sie erwiesen sich im Kontext eines beginnenden demokratischen Pluralismus als nicht funktionsfähig.

Die Orientierung an westlichen Demokratiemodellen war grundsätzlich möglich und im Hinblick auf den Zeit- und Reformdruck auch angebracht, denn man fand hier bereits erprobte Systeme vor. Dabei war es sinnvoll, eigene Verfassungstraditionen bzw. -erfahrungen, falls vorhanden, einzubeziehen und auf die besonderen nationalen Gegebenheiten Rücksicht zu nehmen, nicht zuletzt um die Zustimmung der Bevölkerung zum demokratischen System zu erleichtern. Probleme traten dann auf, wenn Systeme nur teilweise und dadurch inkonsistent bzw. in einen anderen Kontext übernommen wurden.<sup>91</sup>

### **IV. Gibt es ein "bestes" System für die Demokratisierung in Osteuropa?**

Das Beispiel Tschechien scheint zu bestätigen, daß sich parlamentarische Systeme schneller demokratisch konsolidieren. Andererseits "... könnte man umgekehrt behaupten: die Systeme mit den vergleichsweise reifsten Parteiensystemen, aussichtsvollsten Traditionen freiheitlicher Staatlichkeit und ökonomischem Entwicklungsstand haben ein parlamentarisches System gewählt, während sich andere durch die Wahl eines semipräsidentiellen Systems bereits auf vermeintliche institutionelle Stabilitätsinseln im Meer politischer Instabilität einstellten."<sup>92</sup>

---

<sup>90</sup>Mommsen (Anm.34), S. 235.

<sup>91</sup>Rüb (Anm.3), S.15-17.

<sup>92</sup>Beyme, Klaus v., Systemwandel in Osteuropa, Frankfurt/M. 1994, S.90.

Auch wenn das politische System allein nicht entscheidend dafür ist, ob sich die Staaten Osteuropas in absehbarer Zeit konsolidieren, so hat es doch Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit und Stabilisierung einer Demokratie und kann den Konsolidierungsprozeß zumindest erleichtern. Es ist deshalb bemerkenswert, daß sich die meisten osteuropäischen Staaten für ein, für die demokratische Konsolidierung eher ungünstiges, semipräsidentielle System entschieden haben.<sup>93</sup>

Es bleibt festzuhalten, daß die Konsolidierung der neuen Demokratien nicht allein vom Regierungssystem abhängt. Es hat zwar Auswirkungen auf die Demokratisierung, entscheidender jedoch scheint die wirtschaftliche Entwicklung zu sein. Die ungleichen wirtschaftlichen Grundlagen der ehemaligen "Ostblock"-Staaten erklären zum Teil die großen Unterschiede bei der Konsolidierung der demokratischen Systeme.

Auch historische Erfahrungen mit demokratischen Institutionen erleichtern den Konsolidierungsprozeß. Falls vorhanden, kann an sie angeknüpft werden und das neue demokratische System zusätzlich legitimiert werden.<sup>94</sup>

Erschwert wird die Demokratisierung vor allem durch die fehlenden demokratische Erfahrungen, die erst gemacht werden müssen, und ein zum Teil unklares bis nicht vorhandenes Demokratieverständnis der politischen Akteure. Es bleibt die weitere Entwicklung abzuwarten, die zeigen wird, wie weit sich die Demokratie in den postkommunistischen Gesellschaften etablieren wird.

## **Literatur**

Beyme, Klaus v., Systemwandel in Osteuropa, Frankfurt/M. 1994.

Haarland, Hans Peter/Niessen, Hans-Joachim, Der Transformationsprozeß in Rußland: Ergebnisse einer empirischen Untersuchung (=Schriftenreihe zu Ordnungspolitik 4), Bonn 1997.

---

<sup>93</sup>Rüb (Anm.3), S.29.

<sup>94</sup>Merkel (Anm.1), S.8.

Linz, Juan L./Stepan, Alfred, Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America and Post-Communist Europe, Baltimore/London 1996.

Merkel, Wolfgang, Transformationsstrategien. Probleme, Erfahrungen und Grenzen, in: Internationale Politik 6 (1995), S.3-8.

Michta, Andrew A., Democratic consolidation in Poland after 1989, in: Dawisha, Karen/Parrott, Bruce (Hg.), The consolidation of democracy in East-Central Europe (=Democratization and Authoritarianism in Postcommunist Societies: 1), Cambridge 1997, S.66-108.

Michta, Andrew A., The Presidential-Parliamentary System, in: Staar, Richard F. (Hg.), Transition to Democracy in Poland. Second Edition, Houndmills/ Basingstoke/ Hampshire RG21 6XS/ London 1998, S.93-111.

Mommsen, Margareta, "Delegative", "halbierte" und "Nomenklatura"-Demokratien. Zu den Entstehungs- und Entfaltungsbedingungen demokratischer Gemeinwesen in Osteuropa, in: Glaeßner, Gert-Joachim/Reiman, Michael (Hg.), Systemwechsel und Demokratisierung. Rußland und Mittel-Osteuropa nach dem Zerfall der Sowjetunion, Opladen 1997, S.233-277.

Olson, David M., Democratization and political participation: the experience of the Czech Republic, in: Dawisha, Karen/Parrott, Bruce (Hg.), The consolidation of democracy in East-Central Europe (=Democratization and Authoritarianism in Postcommunist Societies: 1), Cambridge 1997, S.150-196.

Remington, Thomas F., Democratization and the new political order in Russia, in: Dawisha, Karen/Parrott, Bruce (Hg.), Democratic changes and authoritarian reactions in Russia, Ukraine, Belarus and Moldova (=Democratization and Authoritarianism in Postcommunist Societies: 3), Cambridge 1997, S.69-129.

Rüb, Friedbert W., Wie weit können Verfassungen reisen? Parlamentarismus, Präzidentialismus und Semipräzidentialismus in Osteuropa. Beitrag für die Sektion "Vergleichende Politikwissenschaft" der DVPW. "Parlamentarismus und Präzidentialismus. Export nach Osten, Konvergenz im Westen?" auf dem 20. wissenschaftlichen Kongreß der DVPW "Demokratie - eine Kultur des Westens?" vom 13.-17. Oktober 1997 in Bamberg.

Steinsdorff, Sylvia v., Die Verfassungsgenese der Zweiten Russischen und der Fünften Französischen Republik im Vergleich, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 3 (1995), S.486-504.

Vodička, Karel, Politisches System Tschechiens. Vom kommunistischen Einparteiensystem zum demokratischen Verfassungsstaat, Münster 1996.